

Sessionsbericht Mai 2018 der SP-Delegation des Seebezirks

Staatsrechnung 2017: Die SP-See-Delegation ist erfreut über das positive Resultat der Staatsrechnung 2017. Sie schliesst - auch dank einer Ausschüttung der Nationalbank von CHF 42.5 Mio. - mit einem Gewinn von CHF 16.2 Mio. ab. Vom Ertragsüberschuss von CHF 56.6 Mio. wurden CHF 40.4 Mio. als Rückstellung mit Blick auf die Steuervorlage 17 angelegt oder dem Infrastrukturfonds zugewiesen. Ausdrücklich wurden keine Steuersenkungen gefordert, weiss man doch, dass der Kanton vor grossen Herausforderungen steht, wie das Freiburger Spital, die Pensionskasse des Staates, Blue Factory oder steigende Sozialkosten. Die Debatte über die Staatsrechnung ist immer auch eine Gelegenheit, der Regierung Fragen zu stellen. So hat die SP nochmals bei Staatsrat Siggén ihren Unmut ausgedrückt über das vorschnelle Handeln nach dem Bundesgerichtsentscheid, wonach sämtliche Kosten der obligatorischen Schule von der öffentlichen Hand zu tragen sind. Im Kanton Freiburg sollten diese Kosten, die nicht mehr von den Eltern bezogen werden dürfen, plötzlich alle auf den Gemeinden lasten. Das ist keine Lösung. Eine kantonale Arbeitsgruppe ist daran, diese Fragen zu regeln. Die SP wartet nun auf angemessene und praktikable Vorschläge, wie die sportlichen und kulturellen schulischen Aktivitäten für alle Schülerinnen und Schüler weiterhin zu gewährleisten sind.

Liegenschaftssteuer: Zwei Grossräte wollten die Liegenschaftssteuer mit der Festlegung eines Maximalsatzes senken. Begründet wurde diese Motion damit, dass sie überholt und ungerecht sei und ausserdem nicht in allen Kantonen erhoben werde. Die Motion wurde knapp abgelehnt. Der Staatsrat umging eine Stellungnahme mit dem Hinweis, Liegenschaftssteuern seien grundsätzlich eine Angelegenheit der Gemeinden. Was viele Parlamentarier zur Zurückhaltung bewegte, war sicher auch der drohende Steuerausfall von rund 40 Mio. Franken, der andere Steuererhöhungen notwendig machen könnte.

Das Freiburger Spital (HFR): Seit Jahren macht das Freiburger Spital mit Defiziten von sich reden, und am Ende des Jahres hatte der Grosse Rat die Rechnung jeweils bezahlt. Seit Jahren weiss man, dass dieses Spital keine solide Führung mehr aufweist, mit einem Verwaltungsrat, der unfähig ist, den Riesen Kahn vorwärts zu treiben. Strategien fehlen, Vorbereitungen auf die neue Spitalfinanzierung wurden unterlassen, Rechnungen nicht gestellt, der Investitionsfonds nicht alimentiert und ein notwendiges Kostenbewusstsein hat keinen Eingang gefunden. Eine Motion, die das Personal aus dem Staatspersonalgesetz herauszunehmen wollte, wurde vorläufig zu Recht aus dem Sessionsprogramm entfernt. Aus Sicht der SP wäre das ein Schnellschuss und würde mehr Schaden anrichten als Vorteile bringen. Mehreinnahmen müssen in erster Linie mit einer strafferen Führung, mit einer erhöhten Effizienz der Abläufe und mit einer kürzeren Aufenthaltsdauer der Patienten erreicht werden, die im HFR – seit langem bekannt - viel höher ist als in andere Spitälern. Ebenso wichtig und aus Sicht der SP zwingend ist die Verkleinerung und Professionalisierung des Verwaltungsrats. All dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen und hat nichts damit zu tun, dass Patienten in den Spitälern des HFR medizinisch und pflegerisch bestens betreut werden.

Die Grossrätinnen Julia Senti, Bernadette Hänni und Chantal Müller